

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 493 M

17. Mai 2013

38. Jahrgang

2.795 Unterschriften für Einwohnerantrag

1.000 Unterschriften wären erforderlich gewesen, um einen Einwohnerantrag in die Bezirksverordnetenversammlung einzubringen. Fast das Dreifache ist bis jetzt zusammengekommen. Die Unterschriftenlisten wurden nun von den Vertretern der „Süd-Allianz“ an die Vorsteherin der BVV, **Petra Dittmeyer**, übergeben. Es sind immer noch Unterschriftenlisten unterwegs, so dass man letztlich von über 3.000 ausgehen kann. Diesem Votum der Anwohner und Kleingärtner der Sântisstraße sowie weiterer Bürgerinnen und Bürgern werden sich die Volksvertreter in der BVV kaum verschließen können.



Wobei, man darf sich zu diesem Punkt schon einige Sorgen machen. Trotz neuer Erkenntnisse, was beispielsweise die Bahnnutzung des Geländes betrifft, ist bislang in der Öffentlichkeit nicht angekommen, ob die zuständige Stadtentwicklungsdezernenten **Dr. Sibyll Klotz** (Grüne) ihr Versprechen wahrzumachen gedenkt, bei neuen Erkenntnissen neue Prüfungen vorzunehmen.

Erst einmal ist festzuhalten, dass es der BVV am 15. Mai nicht gelungen ist, bis zu den Tagesordnungspunkten 9.2 und 9.3 vorzudringen, in denen es um die Logistikzentren in der Sântisstraße ging. Kurz nach 21 Uhr wurde die Sitzung vertagt. Am 18. und 19. Juni 2013 sollen nun alle aufgestauten Punkte abgearbeitet werden. Hoffentlich denken die Bezirksverordneten daran, das Steuergeld, das sie für die eine zusätzliche Sitzung erhalten, gemeinnützigen Zwecken zu spenden. Mit einem höheren Maße an Disziplin ließe sich eine Tagesordnung in der jeweiligen Sitzung auch abarbeiten. So lange es jedoch keine Redezeit- und Rednerbeschränkung gibt, kann sich jeder in endlosen Verträgen selbst verwirklichen. Und es gilt das Motto: Es ist zwar alles gesagt, aber noch nicht von jedem.

Beim Fall Sântisstraße käme es auf eine gewisse zeitnahe Behandlung der Anträge an. Die Gefahr, dass Fakten geschaffen werden und die Räumung des Geländes nicht mehr aufzuhalten ist, ist sehr groß. Der Verwaltung kann man nach den vielen Pannen nicht mehr über den Weg trauen. Am 29. Mai findet eine Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses statt, auf der der Geschäftsführer einer der vielen Gesellschaften, die sich in der Sântisstraße tummeln, erklären soll, was er nun wirklich dort plant. Vielleicht stellt ein Bezirksverordneter auch mal die Frage, was in den Lastwagen überhaupt transportiert und in den Hallen der Logistikzentren gelagert werden soll. Die Sondersitzung, die natürlich auch wieder steuerfinanzierte Sitzungsgelder verschlingt, wurde notwendig, weil der besagte Geschäftsführer bei der regulären Sitzung des Ausschusses am 8. Mai den Tagesordnungspunkt „Logistikzentrum Sântisstraße - Vorstellung durch den Bauherrn“ nicht verstanden haben wollte. Natürlich kann man diese Formulierung, wenn man will, missverstehen, denn, welches der vielen Logistikzentren ist gemeint? Tricksen, verschleiern, Zeit schinden, unter diesem Motto läuft die Nummer. Immer mehr kommt der Verdacht auf, dass es sich hier um eine Luftnummer handelt. Der Geschäftsführer sollte am 29. Mai einfach mal alles auf den Tisch legen, das würde Vertrauen schaffen.

Die am 15. Mai nicht behandelten Anträge der CDU veröffentlichen wir nachfolgend:

Die BVV ersucht das Bezirksamt, im Zusammenhang mit den an der Sântisstraße geplanten Logistikzentren keine Baugenehmigungen zu erteilen, bis über das Zustandekommen (Unterschriftensammlung) und den Inhalt (ggf. BVV-Entscheidung) des Einwohner/innen- Antrags entschieden ist.

Begründung:

Mit diesem Beschluss soll verhindert werden, dass weitere Tatsachen zugunsten der Logistikzentren geschaffen werden. Die beantragten Logistikzentren sind das Gegenteil vernünftiger Politik für die betroffenen Ortsteile. Ein Abwarten bis zur Entscheidung über die Einwohneranträge ist insbesondere deshalb geboten, um die vom Bezirksamt stets plakativ eingeforderte Bürgerbeteiligung bei den selbst zu verantwortenden Bauvorhaben nicht lediglich zu einer propagandistischen Luftnummer degenerieren zu lassen.

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die BVV ersucht das Bezirksamt, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um

- 1. die Logistikzentren zu verhindern (dazu sind im Zuge der einzelnen Baugenehmigungsverfahren die Vorhaben im Zusammenhang aller Bauanträge zu betrachten) und*
- 2. Möglichkeiten zur Reduzierung des LKW-Verkehrs in der Sântisstraße und anderer Parallelstraßen zu prüfen und ggf. im Zusammenwirken mit anderen zuständigen Verwaltungen die Ergebnisse der Prüfung umzusetzen (hierzu sind die mehrfach eingereichten Anträge zur Reduzierung der LKW-Verkehre auf den Bundesstraßen B 96 und B 101 einzubeziehen).*

Die bereits mehrfach angemahnten Verkehrs- und Lärmgutachten sind nach Eingang den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit diesem Beschluss soll verhindert werden, dass weitere Tatsachen zugunsten der Logistikzentren geschaffen werden. Die beantragten Logistikzentren sind das Gegenteil vernünftiger Politik für die betroffenen Ortsteile. Die Logistikzentren an der Sântisstraße werden die direkt betroffenen Gebiete um die Sântisstraße aber auch die weiter entfernten Zufahrtswege und Knotenpunkte unseres Bezirks mit zusätzlichem Schwerlastverkehr belasten. Dies wollte die CDU be-

reits mit Ihrem Antrag zur Zukunft der Söntisstraße im Februar 2013 verhindern, der in den wesentlichen Positionen mit dem Einwohnerantrag identisch war.

Da diese Anträge den Intensionen des Beschlusses der SPD-Kreisdelegiertenversammlung entspricht und auch Passagen daraus enthält, müsste es dafür eine klare Mehrheit in der BVV geben. Man hätte also, wenn man es von SPD-Seite aus gewollt hätte, gemeinsam mit der CDU diese Anträge vorziehen und beschließen können. Doch was ist los mit der SPD, die heute gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit ihr 150-jähriges Jubiläum in Tempelhof feiert? Erst einen vernünftigen Antrag beschließen und dann kneifen? Was ist das für eine Haltung. Und alles nur um eine Zählgemeinschaft mit den Grünen zu retten, die seit Wochen vor sich hin bröseln? Vielleicht machen sich die Genossen bei Grillwürstchen und Musik heute einmal Gedanken darüber, für wen sie eigentlich in der BVV sitzen.

Text und Foto: Ed Koch

Foto: v.l.n.r.: Andreas Schwager, Peter Mischke und Veronika Kühnau vom Verein Grüner Söntispark e.V., BVV-Vorsteherin Petra Dittmeyer, Wolfgang Spranger vom Trägerverein Volkspark Lichtenrade e.V., und Frank Behrend vom Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergebiet Lichtenrade e.V.